

Der Zeitungs-Arbeiter

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D22, Magazinstraße 6/711 — Fernspr.: Königsstadt 1076 — Postfachkonto Berlin 5386 — Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Anzeigen die sechsgepaßte Kleinzeile 15 Mark Anzeigen- und Werbungsgebühren sind an Otto Behm, Berlin D22, Magazinstraße 6/711, zu richten — Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: An die Zeitungsempfänger! — Die Bedingungen der Industrie. — Unfinnige Kurse. — Englische Arbeitszeit. — Der Kartoffelwucher und seine traurigen Folgen. — Die Anwendung des Films zur Verhütung von Unfällen. — Das Existenzminimum im Oktober 1921. — Berichtigung. — Aus der Textilindustrie. — Arbeiterbewegung. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches. — Gerichtliches. — Politische Nachrichten. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Ein Jahr Kommuneweber.

nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedelungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.

An die Zeitungsempfänger!
Bei Zeitungsreklamationen sind für die Zukunft auch die Postpaketabschnitte mit einzufenden.

Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Änderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angebotenen Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten neuen Organisation der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen.

Die Berliner Presse zu den Bedingungen der Industrie.

Die „Freiheit“ schreibt zu dem Kreditangebot der Industrie: „Herr Stinnes hat also wirklich die große Freiheit gehabt, die Beseitigung des staatlichen Einflusses auf dem entscheidenden Gebiet der Kohlenwirtschaft zu fordern. Wir haben schon neulich gesagt, daß das bedeuten würde, den Kohlenherren neue Profite in der Höhe einiger Goldmilliarden jährlich in den Schoß zu werfen. Man muß schon sagen, die Not des Staates zu einem solchen Erpressungsversuch zu benutzen, übersteigt wirklich alles, was rücksichtslos Profitgier je gewagt hat. Aber die Herren, die so maßlos in ihren Forderungen sind, sind ungeheuer zurückhaltend in ihrem Anerbieten. . . Die Antwort auf diesen Erpressungsversuch der Industrie kann nur sein ein Geheiß, daß sofort 25 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften dem Staate übereignet werden. Der Staat, der über einen solchen Anteil an den großen Unternehmen verfügt, wird dann auch kreditfähig sein. Wenn diese Kredite vielleicht zu härteren Bedingungen ausgenommen werden müssen, so trägt daran die Industrie schuld, die wir dann diese härteren Bedingungen eben mit härteren Steuern entgelten lassen. Eine Kapitulation vor den Bedingungen des Stinnes ist noch lange nicht nötig und darf unter keinen Umständen erfolgen. Herr Stinnes hat der Arbeiterschaft, hat der politischen Freiheit des deutschen Volkes den Krieg erklärt. Herr Stinnes hat seine alldutschen Phantastereien offenbar noch immer nicht vergessen. Es ist Zeit, daß sie ihm gründlich ausgetrieben werden.

Die Bedingungen der Industrie.

Sechs Wirtschaftsverbände waren es, die im Frühjahr 1915 der damaligen Regierung Bethmann-Hollweg ein weitgehendes Annexionsprogramm vorlegten. Weite Gebiete im Osten und im Westen, darunter auch Belgien, sollten nach demselben wirtschaftlich und politisch an Deutschland angegliedert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben dieselben Wirtschaftsverbände jede Friedensmöglichkeit durchkreuzt und die Generalstabspolitik in jeder Hinsicht unterstützt. Dieser wahnwitzigen Forderungen halber wurde das deutsche Volk durch das Stahlbad des Krieges hindurch getrieben und in das gegenwärtige Elend hineingestoßen. Dieses Annexionsprogramm war ebenfalls mit den Namen Stinnes, Huggenberg, Thyssen verknüpft. Die industriellen Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien, unter Führung dieser obengenannten Personen, sind für dieses Elend allein verantwortlich.

Der Reichszentralrat nahm diese Erklärungen entgegen und betonte, daß die Reichsregierung zu den Bedingungen der Industrie Stellung nehmen werde.

Auch Bernhardt findet in der „Völkischen Zeitung“, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch den Namen einer autoritären Vertretung des Staates und der durch diesen repräsentierten Allgemeininteressen verdienen will, auf dieser Grundlage mit der Industrie verhandeln kann.

Die Industrie wäre in der Lage, dem Reich die Mittel geben zu können. Die Regierung glaube, daß die Industrie sich freiwillig zu einer Kredithilfe entschließen würde. Was ist die Industrie unter der Führung von Stinnes, Huggenberg, Dr. Sorge, Thyssen und von Siemens? Sie verlangte als Gegenleistung die Entschärfung der Reichseisenbahnen. Höher kann wahrhaftig die Freiheit nicht gehen. Sie wollen die Eisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals überführen. Anstatt Sozialisierung sollen die Betriebe des Reiches dem Reiche entzogen werden.

Der Protest der Gewerkschaften.

Zur „Kredithilfe der Industrie“ haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes folgende Entschließung gefaßt:

In Wirklichkeit habe sie selbst die Kreditation vorgeschlagen, um damit ihrer Steuerpflicht in einer Weise zu genügen, die ihren eigenen Interessen besser entspräche, als die von dem größten Teil der Arbeiterschaft propagierte Enteignung der Goldwerte. Wenn sie jetzt die Erfüllung ihrer Steuerpflicht an Bedingungen knüpfen, so sei das ein Vorzeichen, über dessen Folgen sich die Industrie nicht ganz klar zu sein scheint, denn was dem einen Erwerbsstand recht ist, muß dem andern billig sein. Nächstens komme dann mit dem gleichen Recht die Landwirtschaft, die Entrichtung ihrer Steuern von der Durchsetzung aller gewerkepartikularistischen Forderungen abhängig zu machen. Man mache sich doch einmal klar, welche psychologischen Folgen ein solches Verhalten bei den Arbeitern auslösen muß, die ohnehin schon in immer größerer Erregung zu geraten drohen, weil sie die Meinung haben, durch den Lohnraub die Lasten des Budgets, die direkten Steuern allein zu tragen.

Als Sprecher der Industriellen begründete Dr. Sorge die Resolution mit folgenden Worten:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sehen in den Beschlüssen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die steuerlichen Vorzuschlägen Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entziehung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen müssen. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung, wenn nicht Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entschärfung der Eisenbahn- und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Der Wortlaut der Entschließung läßt erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kreditaktion der Industrie, die man anfangs als eine nationale Tat angekündigt hat und die auch die Zustimmung

Unfinnige Kurse.
Von Dr. R. Kuczynski.

Ende 1913 betrug der Kurs der 4prozentigen Reichsanleihe 98, der Kurs der 3prozentigen Reichsanleihe 76. Am 31. August 1921 notierte die 4prozentige 78, die 3prozentige wiederum 76. Jetzt ist der Kurs für die 4prozentige 70, für die 3prozentige hingegen 85. Die 3prozentige Reichsanleihe aber wird seit Jahr und Tag, um sie vor weiterem Sturz zu bewahren, künstlich auf 77½ gehalten. Fragt man einen „Praktiker“ nach den Ursachen für den Hochstand der 3prozentigen Anleihe, so erfährt man: die Ausländer bevorzugen mit Recht diese Anleihe, weil

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der Sparpolitik und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Das alles hatten wir zwar nicht umsonst, aber doch zu Preisen, welche dem jeweiligen Einkommen angepaßt waren: zu den sogenannten Sowjetpreisen.

Spinnerei — nach dem Neubau in der „Moskowskaja ulice“ transportiert.

Ah! wie hob sich da die Brust bei dem Gedanken: nunmehr in einem hochmodernen Fabrikabstinent seine Tätigkeit entfalten zu können. Zwar erlitt diese Erwartung einen kleinen Dämpfer, als wir die bislang vergebens gesuchte Anlage mitten in die Häuserfront hineingebaut empfanden. Doch wer konnte wissen, ob die nüchternen, eisenblechbedeckte Lehmziegelkiste nicht etwa unterirdisch angelegte Arbeits- und Lagerräume mit Tiefdruck-Sonnenleuchtapparaten enthielt?

Die Durchführung solcher Absichten ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Kein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die darin anzulegenden Kapitalien der juristischen Person verzinst werden, und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung

In beängstigend schnellem Tempo aber wurde ein Artikel um den andern von der angeführten Liste gestrichen oder zumindest quantitativ und qualitativ solange reduziert, bis zuletzt eigentlich nur noch die Hälfte der genannten Mehl- sowie ein Viertel der Deismenge verblieb, während wir alle übrigen Produkte zu den gänzlich ausreißenden Marktpreisen kaufen mußten. Dabei waren Mehl wie Del von solch fragwürdiger Qualität, daß wir unser Brot fortan nur mehr in Blechformen backen konnten.

Aber, o weh! Diese Vermutung verlor sofort alle Stichhaltigkeit, als wir auf dem Lehmgestampften Fußboden nach einer etwaigen Falltür umhau hielten. Bald erwies sich auch hier die in ganz Rußland bekannte geometrische Unreife der moskowskischen Mathematiker. Man baut wohl, doch was man baut, weiß man erst dann, wenn es formvollendet da steht. So auch hier. Das ganze Gebäude bestand aus gelbem Lehm, der weder verputzt und der Expedition, und erwies sich als viel zu klein für die Aufnahme des gesamten Inventars, so daß die große Hälfte in den alten Liebesbalken zurückbleiben mußte. Aber auch dann war es noch ein gmnastisches Brauwerk, sich durch und über das Spinn- und Spulraderunterbunt einen Weg zu seinem Bestuhl zu erarbeiten.

Ein Jahr Kommuneweber.
1. Fortsetzung.

Trotz dieser vorfindlichen Arbeitszeit wäre das Leben noch immer erträglich gewesen, wenn man wenigstens die Gewißheit gehabt hätte, daß der Sonnabend der letzte Arbeitstag in der Woche sei. Doch vereinzelt erst, dann immer häufiger, wurden die von allen so gefürchteten und gehäßten „roten Sonntage“ angeordnet.

Einen Nutzen brachte uns allerdings auch diese Kalamität. Unser Koch, ein vor Dreck glänzender Ruthene, hatte sich bei seinem Regierungsantritt zur unabwieslichen Küchenfrau genommen: bis an sein Lebensende den einen Tag Rüdels mit Rüdelsuppe, den andern Tag aber Rüdelsuppe und Rüdels zu servieren, so daß wir im Laufe einiger Monate so vernudelt wurden, daß letzten Endes unsere ganze Inneneinrichtung zu nudeln anfang. Das war nun, gottlob, nicht mehr zu befürchten, denn der aus der neugeborenen Mehlsorte geknetete Teig zeigte sich so kindlich-furchtjam, daß er, trotz aller Zärtlichkeiten, vor dem Rüdelswaller davonlief.

Zu dieser Verfassung machte sich in der Folge am empfindlichsten für die männlichen Weber fähbar. Denn eine Schachtel Zündhölzchen kostete in Moskau 10 Rubel. Das war sehr, als wir an einem Tage verdienten. Deshalb mußten wir Mittelreupäpfer, die wir das Weben ohne Dampftrieb nicht mehr gewohnt waren, alle zehn Minuten eine Kleiderpartie durch den Spinnrockenwald unternehmen, um zu dem am anderen Ende des Saales errichteten wächtigsten „Möbel“: dem für die Rußen unentbehrlichen, stets in Blut gehaltenen Teetisch zu gelangen.

In solchen waren alle, ohne Unterschied, verpflichtet, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Verbesserung des Verkehrswezens, sowie zur Unterstützung der „Roten Armee“ unentgeltlich Frondienste zu leisten, und es war geradezu ein Spektakel für die ganze Räterepublik, zu sehen, wie am Sonntagmorgen Kontor- und Schulfräuleins in hellen Kleidern und dünnen Schuhen, mit Schaufeln ausgerüstet, der Bahnhofsstraße zustrübten, begleitet von dem männlichen Lehrpersonal und anderen an Festtagen entbehrlichen Angestellten, die ungewohnten Eisenstangen und Spihacken auf der Schulter tragend, während alle anderen Angestellten und Arbeiter in ihrem gewohnten Beruf für den Wiederaufbau des gänzlich zugrunde gerichteten Staates die letzte Kraft hingeben mußten.

Solche Gedanken spukten natürlicherweise auch in unseren Hirnen. Allein, sie in die Tat umzusetzen, dazu gehörte mehr als Courage — dazu gehörte Todesverachtung. Wir lebten und feußten unter dem Banne der Diktatur, und wer nicht auf Grund eines ärztlichen Attestes mindestens 50 Prozent Invalidität nachweisen konnte, um sich ein verbrieftes Recht auf die Kraut- und Fischsuppe im Lager zu erwerben, der wurde einfach als Konterrevolutionär gebrandmarkt. Was dieser Titel zu bedeuten hatte, dafür zeugten die Massenverhaftungen, die grauenhafte Schaffotindustrie und die von Zeit zu Zeit nach den verrufenen, unsicheren Steinkohlengruben von Kijil-Kija abgehenden Zwangsarbeitertransporte.

(Fortsetzung folgt)

Zu alledem kam, daß die von der Kommune zu leistende Verpflegung von Monat zu Monat mehr reduziert wurde, so daß ich tatsächlich — trotz allergrößter Einschränkung — in den letzten drei Monaten vor meiner Evakuierung gezwungen war, ein Wäsche- oder Kleidungsstück ums andere in bunte, nullengeformte Papierwische umzutauschen, nur um die Lebensmaschinerie vor allzu rascher Abnutzung zu bewahren.

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit als Körper- und Planellarbeiter erzählte man mir: der ganze Betrieb würde noch vor Einwinterung in ein nagelneues Fabrikgebäude überführt werden. Und tatsächlich wurden eines schönen Novembertages sämtliche Holzmaschinen anatomiert und per Schufter oder Rad — letztere Beförderung bediente sich lediglich auf die Spulerei und Spinnerei — nach dem Neubau in der „Moskowskaja aeniardg

Streiks herbeiführen. Inzwischen hatte auch der Bürgermeister von Kattow...

Die Einigungsverhandlungen waren nicht leicht, da die Firmenvertreter noch nicht einsehen wollten...

- 1. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen, soweit dies irgendmöglich ist.
2. Maßregelungen finden auf keiner Seite statt.
3. Zu den bisherigen Löhnen wird ein 20prozentiger Aufschlag gezahlt.

3000 Textilarbeiter aus 25 Betrieben sind in Zittau (Tschecho-Slowakei) wegen Lohnunterschieden ausgesperrt.

Für die Betriebsräte. Volksbildung.

In einer am 21. Oktober im Prateraal in Erlangen abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach der Rektor der Universität Erlangen...

Man spricht uns dazu noch: Der Redner hat mir aus dem Herzen gesprochen, denn als Hörer der beiden ersten Semester habe ich die Beobachtung machen können...

Soziale Rundschau. 17 Stunden Arbeit innerhalb 24.

„Wir müssen Menschen wagen, um ein Volk zu werden!“ Diese Mahnung der „Arbeitgeber-Ztg.“ scheint die Firma Müller u. Schöner, Tuchfabrik in Görlitz, befolgen zu wollen...

Wirtschaftliches. Die Zerreißung des oberschlesischen Industriegebietes.

Ueber die Anteile an der Oberschlesischen Montanindustrie, die nach der Grenzfestlegung des Obersten Rates an Deutschland einerseits und an Polen andererseits fallen, werden folgende amtliche Daten bekanntgegeben:

Von 61 Steinkohlengruben fallen 49% an Polen, nur 11% bleiben deutsch. Von 4 preußisch-staatlichen Kohlengruben werden die drei wichtigsten polnisch.

Die Oberschlesische Koksindustrie bleibt nur zur Hälfte deutsch, sie ist zudem im wesentlichen von dem abgetretenen Gebiet abhängig...

Sämtliche Eisenerzgruben mit einer Gesamtzerzeugung von 61 000 T. jährlich fallen an Polen. Von insgesamt 37 Hochöfen auf 8 Hochöfenwerken bleiben nur 15 auf 3 Hochöfenwerken deutsch...

Von 16 in Betrieb befindlichen Zink- und Bleierzgruben bleiben nur 4 deutsch, und zwar ein Teil der staatlichen Friedrichsgrube und drei private Gruben...

Von der oberschlesischen Bleierzförderung bleiben uns etwa 23 pCt. Sämtliche Zink- und Bleihütten gehen indessen an Polen über...

Berichte aus Fachkreisen.

Hannover. Eine Verbandsjubiläum. Am 1. November 1921 konnte unsere Kollegin I. W. Bepner auf eine 25jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zurückblicken.

Mittweida. Einer unserer ältesten und auch besten Kollegen, Ringen Höfer, ist zur letzten Ruhe gegangen.

Berlin. 25jährige Mitgliedschaft. Am 1. November 1921 gehören nachstehende Kollegen der Filiale Berlin dem Deutschen Textilarbeiter-Verband 25 Jahre als Mitglied an:

Briefkasten.

A. B. 108. In Hamburg besteht nur ein einziger Satz für die Minente: 220 M. bis zu 16 Jahren.

Literatur.

Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde. Von Dr. Sophie Schäfer. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Arbeiter-Notizkalender 1922. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68.

Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68 (Ladenpreis 1,50 M.).

Taschenbuch für Kommunalpolitiker. Herausgegeben von Victor Noack, Redakteur der „Kommunalen Praxis“.

Der Frauen-Hausjahrgang ist im Jahrbuch, das sich jede Arbeiterin anschaffen sollte, weil es bei seinem billigen Preis eine Fülle von volkswirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Artikeln aus der Feder bekannter Frauen und Männer...

Die Uhrenstadt Glashütte. Die Stadtverwaltung Glashütte hatte eine städtische Kriegerdenkmal geschaffen, die in die Friedenswirtschaft übernommen worden ist und ein Institut zur Förderung des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts darstellt...

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 6. Novemb., ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Geschäftsführer gesucht! Für die Geschäftsstelle Jahnshof i. Erzgeb. unseres Verbandes wird ein Geschäftsführer gesucht.

Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und (handschriftlich) selbst geschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers und mit schriftlichen, mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehenen Bewerbungen bis zum 15. Nov. d. J. wenden...

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

- Gau Hannover. Osternburg. K. Gerhard Düser, Herrenstr. 3. Gau Cassel. Hattorf. V. August Deppe, Tor 361. Gau Barmen. Greifath. V. Johann Heymanns, Manukumer Straße. K. und Geschäftsführer Hermann Schültes, Bahnstraße 164.

Zusammenkünfte

- Mitglieder-Versammlungen. Berlin. Dekateure. Jeden Freitag, von 3-4 Uhr, Stall-Jahresberstr. 39. Halberstadt. Mittwoch, 9. Nov., im Gewerkschaftshaus. Hildesheim. Dienstag, 8. Nov., im Gewerkschaftshaus, Göttingerstraße 23.

Totenliste.

- Apolda. Anna Rauch, 33 Jahre, Nervena leiden. Barth a. Oßee. Hermann Schmidt, Patzcher, Kehlkopf-Schwindsucht. Bramsche. Otto Schmidt, Walfer, 29 Jahre, Gelenkthematismus.

Vor Annahme von Arbeit wolle man sich stets um Zustimmung an die zuständige Ortsverwaltung unseres Verbandes wenden.

In unserem Inserat wegen Arbeiterneueinstellungen war erwähnt, daß Familien bevorzugt würden, von welchen außer den Eltern möglichst auch Kinder beschäftigt werden könnten.

Bezoldeter Beitragskassierer gesucht. Die Filiale Meerane sucht sofort einen dritten Beitragskassierer. Kollegen und Kolleginnen aus der Filiale Meerane, welche sich um die Stelle bewerben wollen...

Redaktionsanschlag für die nächste Nummer Sonntabend, 5. November. Verlag: Carl Hüsch in Berlin, Magazinstraße 6-7.

Selbstverständlich darf es bei der bloßen Vorführung eines solchen Films nicht allein sein Bewenden haben. Damit das vorgeführte Bild auch seine Wirkung ausüben, gehört zu dem Film auch ein gut ausgearbeiteter Vortrag. Der Vortrag muß alle wesentlichen Momente des Bildes hervorheben und unterstreichen. Er muß den Besucher der Veranstaltung auf die Bedeutung derartigen Vorführungen und Belehrungen aufmerksam machen und darauf hinweisen, daß von der strikten Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften oftmals nicht nur Leben und Gesundheit, sondern noch häufiger auch das ganze Familienglück des Arbeiters abhängt. Wäre der Film die hier kurz skizzierten Aufgaben zu erfüllen imstande, dann würde das bedeuten, daß mit Hilfe des Films eine der bedeutungsvollsten und hervorragendsten Kulturarbeiten im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geleistet werden könnte. Denn durch die Vorführung im Bilde und den erklärenden und belehrenden Vortrag gewinnen die toten Zahlen über die erschreckend hohe Summe der Unfälle Leben; auch für die dem Arbeiter nutzbringende Anwendung der Schutzvorrichtungen und Schutzkleidungen ist der Film der beste Anschauungsunterricht, der sich denken läßt.

Wohl ist auf diesem Gebiet, vor allem von den Gewerkschaften, schon manches geschehen. Wir erinnern da an die Feststellungen des Holzarbeiterverbandes über die Folgen der Betriebsunfälle in der Holzindustrie. Der Metallarbeiterverband und andere Organisationen haben durch Lichtbilder zu wirken versucht. Weiter weisen wir auf die Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg, die ihre Erhaltung der Unterhaltung der Gewerkschaften verdankt. Das alles aber, was bisher hier geschehen ist, genügt bei weitem nicht. Bei aller Anerkennung des Gelernten muß doch gesagt werden, daß zur Verhütung der Unfallgefahren weit mehr getan werden muß. (Fortsetzung folgt).

Das Existenzminimum im Oktober 1921.

Von Dr. R. Kuczyński.
Die ungeheure Steigerung der fremden Devisen, die den Erzeugern und Händlern Gründe (bei Margarine usw.) und Vorwände (bei Kartoffeln usw.) zu gewaltigen Preissteigerungen bot, hat die Kosten des Existenzminimums im Oktober 1921 auf eine bisher nie erreichte Höhe emporheben lassen. Milch und Butter waren um 16 Proz. teurer als im Vormonat, Schmalz um 22 Proz., Margarine um 24 Proz., Kartoffeln um 29 Proz. Teurer als im Oktober 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Teigwaren, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch. Kartoffeln z. B. kosteten im Oktober 1921 durchschnittlich 1,65 M. das Kilogramm gegenüber 0,80 M. im Oktober 1920, Haferflocken 8,55 M. gegenüber einem Schleichhandelspreis von 5,50 M. und einem Höchstpreis von 2,80 M. Noch ungeheurer erscheinen natürlich die Preissteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit. Brot kostete 15mal wie vor acht Jahren, Briketts 17mal soviel, Milch 19mal soviel, Margarine 20mal soviel, Reis 22mal soviel, Kartoffeln 33mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Oktober 1913 bis Oktober 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Fünffache. In den vier Wochen vom 3. bis zum 30. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Okt. 1921	Preis Okt. 1913
8100 Gramm Brot	8012	198
1075 „ Nahrungsmittel	725	54
500 „ Zucker	400	23
Zusammen	4137	275

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 41,37 M. zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 2,75 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6200 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11200 Kalorien, der einer Frau etwa 16800 und der eines Mannes etwa 21000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11200-6200 = 5000 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 27 M., für eine Frau auf 52 M., für einen Mann auf 70 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Oktober 1913 für ein Kind 1,42 M., für eine Frau 2,98 M., für einen Mann 3,88 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Okt. 1921	Preis Okt. 1913
Rationierte Nahrungsmittel	1034	69
250 Gramm Graupen	211	10
2750 „ Kartoffeln	454	14
125 „ Margarine	406	20
125 „ Zucker	120	6
1 Liter Milch	440	23
Zusammen für ein 6-10 jähr. Kind	2665	142
250 Gramm Brot	128	6
125 „ Haferflocken	107	6
250 „ Speisebohnen	186	10
1750 „ Kartoffeln	289	9
1500 „ Gemüse	300	24
250 „ Büchsenfleisch	563	56
125 „ Speck	588	25
125 „ Margarine	406	20
Zusammen für eine Frau	5232	298
500 Gramm Reis	475	22
250 „ Erbsen	202	10
125 „ Speck	588	25
250 „ Salzheringe	131	13
125 „ Margarine	406	20
Zusammen für einen Mann	7034	388

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 19,05 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 8,10 M. (0,75 M.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleibern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 36 M. (2,50 M.), Frau 24 M. (1,65 M.), Kind 12 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehd, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Prozent (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Choppar	Choppar mit 2 Kindern
Ernährung	70,—	123,—	176,—
Wohnung	10,—	10,—	10,—
Heizung, Beleuchtung	27,—	27,—	27,—
Bekleidung	36,—	60,—	84,—
Sonstiges	44,—	66,—	89,—

Oktober 1921	187,—	286,—	386,—
September 1921	171,—	260,—	349,—
August 1921	165,—	251,—	339,—
Juli 1921	156,—	237,—	324,—
August 1913 / Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Oktober 1921 für einen alleinlebenden Mann 31 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 48 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 64 Mark. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 9700 Mark, für das kinderlose Ehepaar 14900 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 20100 Mark.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Oktober 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mark auf 187 Mark, das heißt auf das 11,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mark auf 286 Mark, das heißt auf das 12,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mark auf 386 Mark, das heißt auf das 13,4fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd 8 Pfennig wert.

Berichtigung.

In dem Artikel in voriger Nummer „Nochmals die Verbandsarbeit der Christen im Winter“ muß es im 6. Absatz zu Anfang statt „den größten Triumph“ heißen „den größten Triumph“ usw. In der dritten Spalte, Zeile 12, sollte man lesen: „... und zwar als Gegenstand der Besprechung das Koalitionsrecht der Eisenbahner war“, nicht „als der Gegenstand“ usw.

Textilarbeiter, Betriebsräte, Funktionäre, abonniert keine bürgerliche Zeitung, denn die bürgerliche Presse ist stinisiert!

Wir erheben schärfsten Protest gegen: den Kartoffelmacher der Landwirte und Händler, den Wucher mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, die kapitalistische Steuerverweigerung, die Valutaspekulationen, die Kreditaktion der Industrie und die daran geknüpften Bedingungen, den reaktionären Kurs im neuen Arbeitsrecht.

Wir fordern: sofortige Erfassung der Goldwerte, Gewinnbeteiligung des Reiches an den Ueberschüssen der Aktiengesellschaften, sofortige Erhebung des Nestes des Reichsnotopfers, sofortige Einziehung aller bisherigen Steuern in realen Werten, sofortige Einführung einer ertragreichen Kapitalverkehrssteuer, sofortige Erhöhung der Ausfuhrabgaben und Erfassung der Auslandsdevisen, sofortige Abstempelung der Banknoten, sofortiges Verbot der wilden Börsenspekulationen, weitestgehende Berücksichtigung der werktätigen Bevölkerung.

Textilarbeiter, Betriebsräte, Funktionäre, schließt Euch diesem Protest einmütig an, macht die vorstehenden Forderungen Euch zu eigen.

Aus der Textilindustrie.

Aus der Stiderei-Heimindustrie. Am Sonntag, den 6. November, fand in Kalla eine Konferenz für die Stidereiindustrie und besonders für den Bezirk Kalla statt. Sämtliche wichtigen Orte des Bezirks waren durch einen oder mehrere Delegierte vertreten. Auch aus den Bezirken Hof, Mühlberg, Helmbrechts und Wunsiedel waren Vertreter erschienen. Den Vorsitz führte der Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Kollege Kaitzel-Hof. Er selbst, wie auch der Gauleiter, Kollege Deynert-Augsburg, hielten je ein instruktives Referat, ersterer über verwaltungstechnische Fragen, letzterer über die Tarifbewegung der Stiderei-Heimindustrie-Arbeiterinnen. Beschllossen wurde, weil die Geschäftsleitung in Hof zu überlastet ist, bei der Zentrale zu beantragen, daß für die Stiderei-Heimindustrie ein Kollege angestellt wird, damit die Arbeiterinnen fernerhin nicht mehr der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben seien. Ferner wurde beschlossen, die Bemühungen um Schaffung eines Tarifes für die Handstiderei fortzusetzen. — Die Diskussion förderte sehr interessantes Material zutage, das wir bei gegebener Gelegenheit ausgezogen verwerthen können. Besonders interessant war die Feststellung, daß unsere Bemühungen immerhin von Erfolg gewesen sind. Eine ganze Anzahl Fabrikanten und Faktors zahlen heute nicht nur die Sätze des Schiedspruches, sondern sogar darüber hinaus. Jedenfalls wird, wenn die Kolleginnen unserer Mahnung folgen und nicht mehr unter den Sätzen des Schiedspruches arbeiten, bald jeder Arbeitgeber gezwungen sein, anständige Löhne zu zahlen. Die Konferenz, die einen ausgezeichneten Verlauf nahm, wird einen Markstein bilden in der Arbeiterbewegung der Stiderei-Heimindustrie.

Amerika. Die Puzmacherinnen in New York, denen eine mehr als 20prozentige Lohnreduktion zugeordnet ist, haben dafür gestimmt, die Bedingungen der Unternehmer zurückzuweisen und dem Komitee des N. L. W. Vollmacht zu geben, die Verhandlungen fortzusetzen bzw. zum Generalstreik aufzurufen. In Paterson mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die organisierten Fabrikanten der Seidenindustrie den Neun- oder Zehnstundentag wieder einführen wollen. Die Arbeiter treffen natürlich der Sachlage entsprechende Gegenmaßnahmen. — In ähnlicher Lage wie die Seidenweberei in Paterson befinden sich die Tuchweber in Philadelphia. — Der Dominion-Trade-Kongreß stimmte dafür, die Drucker in ihrem Kampf um die 44-Stundenwoche zu unterstützen, da, falls die Drucker unterliegen, andere Arbeiterkategorien bald ihr Schicksal teilen müßten.

Zum Baumwollarbeiterstreik in North Carolina meldet das „Wollardiv“, Berlin, daß er nach monatelangen Verhandlungen über die beabsichtigte Lohnherabsetzung im Laufe des Septembers beendet worden sei. Das einzige Zugeständnis, das die Arbeiter erreichten, beschränkt sich auf die Verpflichtung der Arbeitgeber, von Zeit zu Zeit die Löhne einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Abfall von Textilwaren der Allierländer im Balkan. Wie „Das Wollardiv“ berichtet, häufen sich die Berichte über die Tatsache, daß die Ententesstaaten, speziell Frankreich, ihre politische Vormachtstellung in den Balkanstaaten auszunutzen, um ihre Textilwarenproduktion dafelbst abzusetzen. Als Ergebnis wird eine neuerliche Ueberfüllung der Läger in heimischen Produkten und älteren Importwaren gemeldet. Bei gleichzeitiger Preissteigerung für diese Heimalitäten. Der heimische, türkische und anatolische Großhandel ist keineswegs befriedigt. Es steht abzuwarten, von welchem dauernden Erfolge die Bemühungen begleitet sein werden.

Die Geschäftslage in der Textilindustrie wird durch die sprunghafte Bewegung der Devisenkurse wesentlich beeinträchtigt. Neugierlich gemessen an dem Beschäftigungsgrad der Arbeiter, befindet sich die Textilindustrie noch in aufsteigender Linie. Vielfach sind in den letzten Tagen noch Doppelschichten und Ueberstunden eingeführt worden; andere gesteigerte Produktionsmaßnahmen befinden sich in Vorbereitung. Die Situationsberichte der Arbeitsämter aus dem Reich sind aber trotzdem nicht mehr so zuversichtlich. Da und dort zeigen sich Symptome, daß ein Höhepunkt erreicht ist. Die Nachfrage nach Textilien ist heute noch außerordentlich groß. In den letzten Tagen der Marktentwertung konnte man von einem Sturm auf Textilwaren sprechen. Die steigende Tendenz der Preise legte aber manchem Geschäftsmann äußerste Zurückhaltung bei Veräußerung seiner Waren auf. Greifbare Bestände sind ja schon lange nicht zu haben. Soweit Geschäfte zustande kamen, sind sie nur zu Preisen erfolgt, die den veränderten Marktverhältnissen entsprechen. Bei dem großen Ausmaß der Verkäufe der letzten Wochen und dem Stillstand der Einkäufe an Textilrohstoffen muß aber mit größeren Schwierigkeiten für Aufrechterhaltung der Produktion gerechnet werden. Als Folge der Marktentwertung hat sich in den letzten Wochen Deutschlands vom Auslandsrohstoffmarkt fernhalten müssen, Einkäufe sind nur sehr wenig getätigt worden. Die weitere Marktentwertung der letzten Tage muß diesen Zustand noch verschärfen. Während die Rohstoffe im Inland rapid gestiegen sind, zeigt sich auf dem Weltmarkt das Gegenteil; die Preise sind hier stetig gefallen. Einmal schon als Folge der Kurssteigerung der Auslandsdevisen, zum anderen aber auch durch den Ausfall deutscher Käufe. Gelingt es, die Mark wieder höher zu bewerten, und zwar auf ein erträgliches Maß vor dem letzten Vierteljahr, dann kann der Tanz von neuem beginnen. Mit stilligerem Einkauf von Rohstoffen kann die Industrie weiter florieren und im nächsten Sommer auf erhöhter Stufenleiter sich durchsetzen. Ein weiteres Niedergehen der Mark oder eine Befestigung des heutigen Kurzes muß aber katastrophal für die Textilindustrie wirken. Wir befürchten nicht, daß letzteres eintritt, obwohl es heute gewagt ist, auszusprechen, was werden wird. Die deutsche Textilindustrie hat in den letzten Monaten außerordentlich viel an der Stärkung ihrer Position gearbeitet. Die großen Gewinne haben ihr die Anschaffung neuer Maschinen und die Erweiterung ihrer Anlagen wesentlich erleichtert. Mit nur einigermaßen erträglichen Produktionsbedingungen wird sie der Auslandskonkurrenz gewachsen bleiben.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Gasthausangestellten Berlins beendet.

Nach fünfwöchiger Dauer endete der Streik mit einem Kompromiß auf Grund folgenden Schiedspruches: 1. Für das Kellerpersonal wird ein Grundgehalt von 1600 M. in den Bier-, Saal- und Gartenwirtschaften, von 1800 M. in den Hotels, Weinrestaurants und Cafés gewährt. 2. Auf alle verabreichten Speisen, Getränke, Weine usw. wird ein Zuschlag von zehn Prozent erhoben, der unter der Bezeichnung „Zuschlag“ auf die Rechnung zu setzen ist. 3. Die Verteilung des die Grundlöhne übersteigenden Ueberschusses aus den Zuschüssen wird gleichmäßig durch die Arbeitgeber unter Mitwirkung der Betriebsvertretung unter den Kellnern vorgenommen. 4. In den Gasthäusern ist folgender Zuschlag anzubringen: „Das Bedienungspersonal, das die tarifliche Entlohnung erhält, bittet, ihm keine Trinkgelder anzubieten, da deren Annahme vertraglich verboten ist.“ Ein gleicher Vermerk muß auch auf Speisen- und Getränkekarte gesetzt werden. — Hoffentlich halten sich nun auch die Kellner streng an diese Vertragsbestimmung.

Soziale Rundschau.

Bildet die gesetzliche Vorstrafe einen Grund zur vorzeitigen Entlassung eines Arbeiters?

Ein Arbeiter war bereits längere Zeit in einer Stellung tätig, als sein Arbeitgeber davon Kenntnis erhielt, daß jener bereits bestraft sei. Infolgedessen entließ der Arbeitgeber ihn. Der Arbeiter erhob Einspruch dagegen, und der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat dahin entschieden, daß der Arbeitgeber verpflichtet sei, den Arbeiter weiterzubehalten oder ihm eine bestimmte Entschädigung zu zahlen. Die Entlassung, so heißt es in den Gründen, stellt sich gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes als unbillige Härte dar. Der Beschwerdeführer ist bei der Einstellung nicht nach etwaigen Vorstrafen gefragt worden, er war daher auch nicht verpflichtet, die erlittene Strafe bekanntzugeben. Die Vorstrafe, um die es sich hier handelt, liegt bereits jahrelang zurück. Da der Arbeiter keine besondere Vertrauensstellung bekleidet und für seinen Posten das Fehlen von Vorstrafen nicht als Vorbedingung anzusehen ist, so stellt die erlittene Strafe keinen gesetzlichen Entlassungsgrund dar. (Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, 22. 7. 21.)

Das Mieterschutzgesetz.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mietverhältnisse vorgelegt. Der Entwurf bewirkt, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Beendigung des Mietverhältnisses soweit zu schützen, als sich dies unter Berücksichtigung der herrschenden Raumnot mit berechtigtem Interesse des Vermieters vereinigen läßt. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit denen bei Fortbestehen der Raumnot die Erlangung eines anderweitigen Unterkommens verbunden ist, und im Hinblick auf die Höhe der Umzugskosten ist die Möglichkeit einer Aufhebung des Mietverhältnisses auf das Vorliegen weniger umtriebiger Gründe beschränkt. Zwecks möglicher Vereinfachung des Verfahrens sollen die bisherigen Verfahren über die Genehmigung der Kündigung und über die Genehmigung der Erhebung einer Räumungssklage sowie die gerichtliche Räumungssklage selbst zu einem einheitlichen gerichtlichen Verfahren zusammengefaßt werden. Außerdem ist ein Schutz des Mieters in der Zwangsvollstreckungsinstanz vorgesehen. Schließlich bringt der Entwurf eine Reihe von Vorschriften zwecks Beseitigung von Mängeln und Missetänden, die sich in der Praxis der Mietverhältnisse gezeigt haben; insbesondere soll gegen deren Sprüche in gewissem Umfang die Beschwerde zugelassen werden.

Die holländische Regierung zum Achtstundentag.

Die holländische Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über die Arbeitszeit verschoben werden soll, bis eine genügende Anzahl solcher Staaten, deren Wettbewerb die holländische Industrie zu fürchten hat, diese Ratifizierung beschlossen hat. Zu den letzten Ländern zählt man insbesondere die Vereinigten Staaten, für welche die Ratifizierung nicht in Frage kommt, weil sie dem Völkerbunde nicht angehören. England und Schweden, welche die Ratifizierung ablehnten und ferner Frankreich, Belgien und Deutschland, die in dieser Frage noch zu zögern scheinen. Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß das holländische Arbeitsgesetz vom Jahre 1919 eigentlich schon weiter geht, als der diesbezügliche Washingtoner Beschluß, denn es beschränkt die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich und auf 45 Stunden in der Woche. Die Schwierigkeit besteht nur darin, daß das Gesetz dem Ministerium die Möglichkeit gibt, bis zur Dauer von zwei bzw. vier Jahren, vom 24. Oktober 1920 ab, für solche Industrien Ausnahmen zuzulassen, die sonst vom ausländischen Wettbewerb gefährdet wären. Der Arbeitsminister hat zu diesem Gesetz jetzt den Entwurf eines Zusatzgesetzes bekanntgegeben, durch den diese Ausnahmen nur auf Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zulässig sein sollen. Man glaubt, daß in ähnlicher Weise auch die

und zu deuteln gibt. Es zeigt dies, daß unsere Feststellungen ins Schwarze getroffen haben.

Soziallohn.

Ein Kollege sandte uns eine Zuschrift zugunsten des sogenannten Soziallohns, die unsere Ansichten zu der Sache und auch die mancher unserer Kollegen, die als Gegner des Soziallohns auftraten, widerlegen soll.

Sie wollen nicht dem mit Kindern „Gesegneten“ mehr zahlen als dem Kinderlosen, sondern Kinder weniger als jenen.

Um zunächst um allgemeine Lohnerhöhungen herumzukommen, geben sie nur den mit Kindern Bedachten etwas und berufen sich bei weiteren Lohnforderungen darauf.

Das würde solange so bleiben, wie die Unternehmer keinen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften spüren.

Sie werden für höhere Lohnausgaben immer nur sein, wenn es in ihrem Interesse liegt.

Das wäre also die Wirkung der Einziehung, die man heute so gern mit dem beschönigenden Wort „Soziallohn“ bezeichnet.

Gesetzliche Lösung des Arbeitslosenproblems?

II.

Nach Abs. 2 werden die Versicherten in drei Gefahrenklassen eingeteilt. Aus alledem ergibt sich, daß die tatsächliche Beitragsleistung meistens über, seltener dagegen unter 1 M. betragen wird.

Anzuerkennen ist, daß der Entwurf keine neuen Versicherungs-träger vorstellt.

Über den in § 2 gezogenen Kreis der Versicherungs-pflichtigen, der sich zwar grundsätzlich mit der Krankenversicherung decken soll, der aber doch fast unbegrenzte Ausnahmen zuläßt (Abs. 2), wird wohl noch manches zu sagen sein.

§ 6 umschreibt den Gegenstand der Arbeitslosenversicherung. Danach wird gewährt:

Ganz besonderes Gewicht legt der Gesetzentwurf darauf, daß der unterstützungsberechtigte Arbeitslose nicht nur arbeitsfähig, sondern vor allem auch arbeitswillig ist und bei länger als acht Wochen dauernder Arbeitslosigkeit sich einer Berufsumschulung nicht widersetzt.

In beiden Fragen, Arbeitswilligkeit und Berufsumschulung haben wir während des Krieges trübe Erfahrungen gemacht.

Die §§ 11 und 12 Abs. 2 öffnen der Unternehmerwillkür Tür und Tür. Nach § 11 erhält die ersten vier Wochen keine Unterstützung, „wer seine Arbeit freiwillig ohne wichtigen Grund aufgegeben oder durch schuldhaftes Verhalten verloren hat“.

Weiter müssen wir uns gegen § 17, Abs. 3, wenden, nach dem die festgesetzte Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge im einzelnen Fall drei Viertel des Arbeitsentgelts, das der Arbeitslose zuletzt bezogen hat oder bezogen haben würde, wenn er voll gearbeitet hätte, nicht übersteigen darf.

§ 19, Abs. 1, bestimmt, daß die Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von sieben Tagen seit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit gewährt wird.

Mit den Vorschriften über die Kurzarbeiterunterstützung (§§ 34, 35) und die Versorgung Arbeitsloser für den Krankheitsfall (§§ 27 bis 33) übernimmt der Entwurf die Bestimmungen der jetzt geltenden Erwerbslosenfürsorge.

Die strengen Vorschriften des § 13, nach denen „die Wartezeit erfüllt ist, wenn der Versicherte in den vierundzwanzig Monaten vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit während sechsundzwanzig Wochen Beiträge geleistet hat“.

Der vierte Abschnitt des Gesetzentwurfs behandelt die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit. Er bietet in den §§ 53 bis 61 die Möglichkeit, über den Rahmen der eigentlichen Leistungen hinaus Mittel der Arbeitslosenversicherung zur Erreichung dieses Zweckes zu verwenden.

Die starke Geldentwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze geführt.

Auf die in den §§ 92 bis 100 enthaltenen Strafvorschriften wollen wir nicht näher eingehen. Die Feststellung mag genügen, daß es auch in diesem Gesetzentwurf ohne Strafdrohungen nicht abgeht.

Die vertraulichen Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Unter dieser in mehrfacher Hinsicht interessanten und bezeichnenden Spitzmarke verleiht ein gewisser Henry Seifert (Geschäftsstelle für nationale und Wohlfahrtsvereine in Hamburg) ein Rundschreiben, in dem in nicht mißverstehender Weise scharfe Kritik an der (antisozialistischen) Propaganda-tätigkeit der V. d. A. in dem Sinne geübt wird, daß sie die zu wünschende Wirksamkeit vermissen lasse, und Herr Seifert erbietet sich, die Sache selber zu machen — natürlich besser —, wobei er sich auf 30jährige Erfahrung im Massen-vertrieb von Büchern und Schriften beruft.

Dieser dadurch zum Ausdruck kommende Brotneid interessiert uns natürlich weniger als die Behauptung des würdigen Herrn Seifert, die „einigen, die sonst davon (von der Propaganda, betrieben aus den Bureaus der V. d. A.) einen Vorteil hätten, wären die Leiter des Bureaus, die Druckerinnen, die aus dem vollen heraus wirtschaften können, weil das Geld ja da ist, die runde Preise machen; endlich einige Schriftsteller.“

Über die Sache selbst erfahren wir aus dem Rundschreiben des Herrn Seifert, daß die V. d. A. die Arbeitgeberverbände auf-fordern, diese möchten beschließen, „daß größere Beträge gezahlt werden zu dem Zweck, damit die Vereinigung durch ihre Propaganda-Abteilung den sozialistischen Streikungen entgegenwirke“.

„Am den Verräter.“ schreibt er, „der den Inhalt des ersten Rundschreibens der Mannheimer „Tribüne“ zur Kenntnis gegeben hat, feststellen zu können, wendet die junge Propaganda-Abteilung ein geradezu geniales Mittel an. Sie verleiht ein zweites Rundschreiben (ebenfalls „vertraulich“), worin sämtliche Empfänger des ersten Rundschreibens aufgefordert werden, dieses erste zurück-zuschicken; wer es nicht kann, so falkuliert die findige Geschäfts-leitung, ist des Treubruchs überführt.“

„Auf den einfachen Gedanken, daß jemand sich eine Abschrift gemacht hat, kommt natürlich der junge, in Bureauräumen zur Welt gekommene Propagandageist...“

Das mag für diesen jungen Geist eine bittere Pille sein. Und Herr Seifert, der sich in Hinsicht auf Verbreitung von Schriften in nationalsozialistischem Sinne auf eine lange Erfahrung berufen kann, würde darin manches gewiß besser machen.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920. Nach der im Jahre 1919 stattgefundenen stürmischen Aufwärts-bewegung der freien Gewerkschaften ist die Mitgliederbewegung 1920 in ruhigeren Bahnen verlaufen.

Es gehörten dem A. D. G. B. 52 Zentralverbände an, von denen 49 an der Statistik beteiligt sind.

Im Jahresdurchschnitt zählte der A. D. G. B. im Jahre 1920: 7 890 162 Mitglieder, darunter 6 179 341 männliche und 1 710 781 weibliche. Gegen das Vorjahr trat eine Vermehrung des Bestandes um 2 411 029 Mitglieder = 44,0 v. H. ein.

Von den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden steht nach der Mitgliederstärke der Metallarbeiterverband mit 1 647 916 Mitgliedern an erster Stelle.

Die starke Geldentwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze geführt.

Die starke Geldentwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze geführt.

Die starke Geldentwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze geführt.